

Inhalt

Vorwort	2
1 Mensch – Umwelt – Gesundheit	4
1.1 Flächennutzung/Bauleitplanung	4
1.2 Verkehr	5
1.3 Regionales Wirtschaften.....	8
1.4 Stadtfinanzen	8
1.5 Energie	9
1.6 Ökologische Abfallwirtschaft.....	9
1.7 Verbraucherschutz und Gesundheit	10
1.8 Tierschutz	10
1.9 Ortsteile	11
1.10 Sport.....	13
1.11 Schulen	13
2 Eine Stadt für Jung und Alt	14
2.1 Generationensolidarität und Leben im Alter	14
2.2 Kinderbetreuung	15
2.3 Jugendliche	16
3 Lust auf mehr Miteinander	16
3.1 Bürger – Politik – Verwaltung	16
3.2 Willkommenskultur in der Stadt Erlangen.....	17
3.3 Betroffene zu Beteiligten machen.....	17

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Erlangerinnen und Erlanger,

43 Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und parteiunabhängige Erlanger Bürgerinnen und Bürger treten gemeinsam auf unserer Liste zur Erlanger Stadtratswahl am 16. März 2014 an. Unser oberstes Ziel ist es, die Lebensgrundlagen für uns und kommende Generationen zu erhalten und zu verbessern. Wir sind uns bewusst, dass wir nicht alle städtischen Themen in diesem Programm genauestens beleuchten können. Doch wollen wir Ihnen unsere wichtigsten Vorhaben und Standpunkte in diesem Heft vermitteln. Haben Sie ganz explizit Fragen, Anregungen oder Ideen, so sprechen Sie uns an oder kontaktieren uns (Kontaktaten siehe letzte Seite). Gerne diskutieren wir mit Ihnen persönlich.

Erlangen ist eine lebens- und lebenswerte Stadt. Der Charme Erlangens ist vielerorts erst auf den zweiten Blick erkennbar. Unsere Heimatstadt wird sehr unterschiedlich betitelt: Universitätsstadt, Siemensstadt, Klinikstadt, Pendlerstadt, Sportstadt, Hauptstadt der Medizintechnik oder Hugenottenstadt. „Offen aus Tradition“ ist das Motto Erlangens. Die kommunale Politik soll in erster Linie dafür sorgen, dass die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in der „Solidargemeinschaft Stadt Erlangen“ gedeckt werden. Menschen, die hier wohnen, arbeiten und die Stadt aus anderen Gründen besuchen, sollen sich wohl und willkommen fühlen.

Die Stadtverwaltung wird von der Erlanger Kommunalpolitik – dem Stadtrat – geführt und gesteuert. Neben der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister, welcher auch gleichzeitig Chef der Stadtverwaltung ist, zählt der Stadtrat 50 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder. Sie stellen die Weichen für die zukünftige Entwicklung der Stadt.

Weshalb ÖDP wählen? Die ÖDP ist im Parteienspektrum einzigartig. Wir wollen die direkte Bürgerbeteiligung deutlich verbessern - und das nicht nur per Internet. Auch stehen wir für eine absolut unabhängige und primär am Wohl der Bürger orientierte Politik. Die Partei ist Mittel zum Zweck und kein übergeordnetes Konstrukt, das „alle Mittel heiligt“. Deshalb sind wir auch die einzige Partei, welche in ihrer Satzung den absoluten Verzicht auf Konzernspenden verankert hat - im Gegensatz zu allen anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien.

Wir stehen für einen konsequenten Schutz unserer Umwelt. Dem Erhalt der Schöpfung als Grundlage des Lebens gebührt unsere ganze Aufmerksamkeit und Kraft. Das angeblich alternativlose Streben nach „immer mehr Wachstum“ ist nicht zielführend. Wir stehen in ökologischer und ökonomischer Hinsicht für eine wirkliche Nachhaltigkeit in allen Bereichen – nicht nur in der Kommunalpolitik.

Sind Sie an der grundlegenden Philosophie und Ethik der ÖDP interessiert? Dann empfehlen wir Ihnen unser Grundsatzprogramm zur Lektüre.

Die ÖDP im Erlanger Stadtrat wird auch in den kommenden Jahren für eine ökologische Verkehrs- und Energiepolitik eintreten. Wir setzen uns für die Belange von Senioren und Jugendlichen, für eine kinder- und familienfreundlichere Stadt ein. Und es liegt uns auch am Herzen, die Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen deutlich besser zu beteiligen als bisher. Wir treten für eine solide Finanzpolitik ein und wollen der stetigen Neuverschuldung durch eine Haushaltspolitik „mit Augenmaß“ entgegentreten. Mehr direkte Demokratie ist durch den kommunalen Bürgerentscheid möglich und wurde von uns schon genutzt.

- Bürgerbegehren gegen Strom aus dem Atomreaktor in Temelin
- tatkräftige Unterstützung des Bürgerentscheides gegen die Tiefgarage am Theaterplatz
- gegen die Privatisierung der Erlanger Stadtwerke und des Röthelheimbades
- maßvolle Verkaufsfläche bei den Arcaden
- Verhinderung des Gewerbegebietes G6 in Tennenlohe

Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen kommunalen Politikbereichen wird umso härter, je weniger die Finanzmittel ausreichen, um alle Ideen zu verwirklichen. Das darf aber kein Grund sein, neue Ideen gar nicht mehr vorzubringen. Darum machen wir in diesem Programm einige wohlüberlegte Vorschläge auch dann, wenn diese mit eventuellen zusätzlichen Ausgaben verbunden sind. Wir wollen jedoch die Verwirklichung unseres Programmes nicht mit neuen Schulden finanzieren. Wir sind überzeugt, dass durch ein besseres Haushalten und ökonomischeres Umgehen mit den Steuergeldern eine notwendige Schuldenreduzierung endlich vorangetrieben werden kann. Ebenso ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Belastung der Bürger und der Wirtschaftsbetriebe durch höhere Abgaben und Steuern zu vermeiden.

Bayernweit konnten wir bei der letzten Kommunalwahl die Zahl der ÖDP-Mandatsträger auf über 380 steigern. Bei der Wahl am 16. März 2014 wollen wir diese Anzahl mit Ihrer Hilfe nochmals deutlich erhöhen. Seit 1996 sind wir im Erlanger Stadtrat vertreten. 2008 erreichten wir 2 Sitze im „Kommunalparlament“. Durch eine Ausschussgemeinschaft waren wir in nahezu allen Ausschüssen vertreten und haben uns dort als demokratisches und konsequent ökologisches Regulativ bewährt.

Bei den bayerischen Kommunalwahlen gibt es keine 5%-Hürde. Jede Stimme für die Liste der ÖDP stärkt uns den Rücken für unseren Aufbruch für Umwelt, Generationengerechtigkeit und saubere Demokratie, ohne extreme linke oder rechte Experimente. Mit uns entscheiden Sie sich für eine konsequent ökologisch-demokratische Politik.

Ihre Erlanger ÖDP

*Auch ein kleiner
Reißnagel kann
einen großen
Hintern
bewegen!*



1 Mensch – Umwelt – Gesundheit

Wir Menschen benötigen eine intakte Umwelt und ein funktionierendes soziales Umfeld. Sportliche, bildende und kulturelle Angebote sind wichtige Faktoren, um sich wohl zu fühlen. Für entsprechende und bezahlbare Angebote sollte die Stadt ein wichtiger Garant sein.

1.1 Flächennutzung/Bauleitplanung

Der Flächenverbrauch in Erlangen nimmt ständig auf Kosten von Flora und Fauna zu. So wurden in den vergangenen Jahren – teilweise entgegen dem fachlichen Rat des Umweltamtes und der Umweltverbände – viele Hektar neue Siedlungs- und Gewerbegebiete, sowie Verkehrsflächen ausgewiesen. Dadurch hat Erlangen zwar etwas mehr Einwohner bekommen, jedoch nicht entsprechend mehr Gewerbesteuererinnahmen. Weniger Wohn- und Lebensqualität durch Lärm und Abgase sind die Folge.

Die Einkommensteuer überstieg in den vergangenen Jahren oftmals die Gewerbesteuererinnahmen. Es hat also auch finanziell keinen Sinn, kurzfristig angebliche Wirtschaftsfreundlichkeit auf Kosten der Bewohner und Landwirte zu betreiben. Erlangens Stadtplanung muss ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Nachhaltigkeit miteinander verbinden. Neben dem großen Neubaugebiet Büchenbach-West sehen wir keinen weiteren Spielraum für großflächige Wohnsiedelung im Stadtgebiet. Wir wollen uns für umsichtige und stadtteilverträgliche Nachverdichtungen mit Augenmaß einsetzen. Hierbei sind die Anwohner bei der Vorplanung unbedingt zu beteiligen. Des Weiteren ist Kreativität bei der Umnutzung von Flächen gefragt. Wir möchten bei der Gestaltung des Siemens-Campus, Neuplanung der Sportflächen des FSV Bruck und weiterer Flächen, welche in den nächsten Jahren anderer Nutzung zugeführt werden, ökologische und wohnpolitische Maßstäbe setzen. Für die ÖDP hat Wohnen Vorrang vor Gewerbenutzung.

Die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten sehen wir sehr skeptisch – wir müssen mit den vorhandenen brach liegenden und in der Nutzung befindlichen Gewerbeflächen auskommen. Erlangen ist eine Großstadt mit erfreulich hohem Anteil an Flächen mit land- und forstwirtschaftlicher Nutzung und naturbelassenem Grün. Das soll auch so bleiben! Stadtnahe landwirtschaftliche Flächen möchten wir erhalten. Es ist unser Ziel und Auftrag, den wenigen noch verbliebenen Bauern die Lebensgrundlage zu belassen und nicht durch ständiges „Abzwicken“ von Landwirtschaftsflächen (Ausgleichsflächen, Gewerbe- und Verkehrsflächen) die Existenz zu erschweren. Auch muss ein „Siedlungsbrei“ verhindert werden, so dass Landwirtschaft noch stadtnah betrieben werden kann.

Vor allem müssen Auflagen und Forderungen des Landschaftsschutzes konsequent eingehalten und berücksichtigt werden. Sie dürfen nicht privaten Einzelinteressen geopfert werden, wie dies in den letzten Jahren der Fall war. Schließlich sind ökologische Ausgleichsflächen dringend erforderlich.

Die Fläche, die Erlangen zur Verfügung steht, ist endlich. Deshalb ist es notwendig, sie so klug und verantwortungsvoll wie möglich zu nutzen. Eine ökologisch und ganzheitlich orientierte Stadtentwicklungspolitik muss folgende Ziele gleichberechtigt verfolgen, deshalb fordert die ÖDP für unsere Stadt:

- Bereits in der Stadtplanung muss die Infrastruktur für eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik berücksichtigt werden.
- Die Bebauungspläne müssen ökologisch gestaltet werden: Funktionsmischung, Fassaden- und Dachbegrünung sowie energetische Ausrichtung gehören dazu.

- Minimierung der Flächenversiegelung: Möglichst wenig soll unter Asphalt und Beton verschwinden (nicht wie beim Rudelplatz).
- Bewahrung von Grünflächen und Biotopen im Stadtgebiet
- Präventiver Hochwasserschutz
- Qualifizierte kommunale Bauberatung – auch unter ökologischen Aspekten.
- Vorbildfunktion bei kommunalen Bauten: Baubiologische Erkenntnisse müssen hier besonders berücksichtigt werden.
- Präsentationsmöglichkeiten für Architekten, die sich baubiologischer Bauweise verschrieben haben
- Verkauf von städtischen Grundstücken an den Bürger, Bauherrengemeinschaften oder Genossenschaften
- Ein gesundes, menschenfreundliches und generationenübergreifendes Wohnumfeld
- Die Sicherung und Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen

1.2 Verkehr

Die Attraktivität von Erlangen als Wohnort leidet darunter, dass vom Verkehr Emissionen ausgehen und sein Platzbedarf andere Nutzungen der Flächen unmöglich macht. Aber eine Stadt ohne Verkehr funktioniert nicht. Verkehr ist jedoch kein Selbstzweck. Durch den Verkehr wird den Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich zu versorgen oder etwas außerhalb ihres Wohnbereiches zu erledigen, das sie dort direkt nicht können.

Deshalb muss der Verkehr so abgewickelt werden, dass die negativen Einflüsse so weit wie möglich reduziert werden. Das kann z.B. durch Verlagerung auf andere, effizientere Verkehrsträger geschehen oder durch Verkürzung der Wegstrecken.

Fahrradstadt Erlangen

Der Anteil des Radverkehrs in Erlangen ist erfreulich hoch. Durch die ebene Topografie Erlangens und das regenarme Klima konnte dieser Erfolg erreicht werden, obwohl es keine idealen Rahmenbedingungen auf den Straßen gibt. Diese gilt es zu optimieren. Die Radrouten sollen durchgängig auf direktem Weg auf verkehrssarmen Nebenstraßen oder eigenen Flächen vom Stadtrand bis in die Innenstadt geführt werden. Dort, wo es eng wird, werden gemeinsam genutzte Flächen bereitgestellt, auf denen eine Reduzierung der Geschwindigkeiten und gegenseitige Rücksichtnahme für die notwendige Verkehrssicherheit sorgt („Shared Space“). Wir fordern den Bau eines Fahrradparkhauses in unmittelbarer Bahnhofsnähe. Bis dahin muss gemeinsam mit der Bahn eine intelligente und kreative Lösung für das Chaos bei den Fahrradparkplätzen rechts und links des Bahnhofes gefunden werden.

Elektrische Fahrräder sind eine erstaunlich erfolgreiche Form der E-Mobilität. Sie bieten neue Möglichkeiten für Berufspendler, da sie weitere Entfernungen ohne große sportliche Leistungen fahrbar machen. Dies muss durch die Einrichtung eines hochwertigen, direkten Radwegesetzes aus dem Umland in die Stadt auf ruhigen Nebenstrecken unterstützt werden. Wir wollen ein Premiumnetz zusammen mit den Nachbargemeinden entwickeln und gestalten.

Öffentlicher Verkehr

Der Öffentliche Verkehr ist so auszubauen, dass er die umsteigenden Autofahrer aufnehmen kann. Bei der Weiterentwicklung des Busverkehrs ist darauf zu achten, dass die Bedürfnisse

der einpendelnden Arbeitnehmer aus dem Umland besser berücksichtigt werden. Das kann nur sinnvoll in Zusammenarbeit mit dem Landkreis erfolgen. Für die jetzigen Nutzer des Öffentlichen Verkehrs darf sich nichts verschlechtern.

Eine Stadt-Umland-Bahn ist bei deutlich gestiegenem Fahrgastaufkommen die wirtschaftlichste Lösung für einen attraktiven und leistungsfähigen Öffentlichen Verkehr, der darüber hinaus noch recht einfach auf regenerativ erzeugten Strom umzustellen ist.

Bei allen Neubaumaßnahmen muss geprüft werden, wie die Belange des Öffentlichen Verkehrs vorrangig berücksichtigt werden können, bevor weitere Parkplätze angelegt werden. Insgesamt sollen alle Maßnahmen im Verkehr dazu führen, dass der Anteil des Öffentlichen Verkehrs sich bis 2030 mindestens verdoppelt und der PKW-Verkehr entsprechend abnimmt.

Altstadt

Eine Reduzierung des Busverkehrs in der Hauptstr./Goethestr. setzt eine Entwicklung der städtebaulichen Brachfläche um den Busbahnhof (Großparkplatz) voraus. Durch die Weiterentwicklung des Stadtmuseums zu einem kulturellen Zentrum wollen wir eine Aufwertung der Altstadt erreichen.

Carsharing

Die Stadt soll das Carsharing durch Einrichtung von Stellplätzen für das Carsharing im öffentlichen Straßenraum unterstützen. Dieses soll in Form von Mobilpunkten geschehen, die nicht nur einzelne Abstellplätze für Carsharing-Fahrzeuge bieten, sondern auch Haltestellen des Öffentlichen Verkehrs und attraktive Fahrradabstellplätze. Durch Carsharing wird es den Bürgern besser ermöglicht das jeweils für einen bestimmten Fahrtzweck beste Verkehrsmittel auszuwählen, da die festen Kosten der Fahrzeughaltung in variable Kosten bei Nutzung umgewandelt werden. Ein Carsharing-Fahrzeug ersetzt in der Regel sieben private PKW.

Verkehrsklima

Eine weitgehende Geschwindigkeitsreduzierung, z.B. durch Erweiterung der Tempo-30- oder verkehrsberuhigten Zonen (Spielstraßen), ermöglicht es, den Radverkehr auch auf Fahrbahnen durchzuführen und den knappen Platz auf den Fußgängerwegen wieder zum Leben zu nutzen. Es wird dadurch für Kinder eher möglich sein, schon im Kindergartenalter die Umgebung ihrer Wohnung eigenständig zu erkunden. Effektivere Kontrolle des fließenden und ruhenden Verkehrs erachten wir als notwendig.

Mobilitätsmanagement

Ein großer Teil des Verkehrsaufkommens in Erlangen sind die einpendelnden Arbeitnehmer. Arbeitgeber sowie Hochschulen sollen motiviert werden ein wirksames Mobilitätsmanagement zu betreiben, so dass ihre Mitarbeiter und Studierenden möglichst mit dem Umweltverbund zur Arbeit kommen und sie selbst weniger Parkplätze bereitstellen müssen. Aus diesem Grunde werden wir ein Studierendenticket einführen.

Wirtschaftsverkehr

Dieser ist für die Stadt lebenswichtig, muss aber nicht unbedingt so belastend für die Bürger durchgeführt werden. Eine City-Logistik stellt den Betrieben ein effizientes System zur Verfügung, mit dem die Transporte im Stadtgebiet mit dafür geeigneten Fahrzeugen durchgeführt werden können und sie vermeidet durch Bündelung Doppelfahrten.

Einfluss der Bauleitplanung auf den Verkehr

Neue Siedlungen sind so zu planen, dass der Autoverkehr weitgehend am Rand bleibt. Dadurch können innerhalb einer Siedlung Flächen effektiver genutzt werden. Durch die Reduzierung des Autoverkehrs in den Siedlungen können die Wege zwischen den Wohnungen

auch wieder zum „Leben“ genutzt werden und Kinder können die Umgebung ihrer Wohnung wieder altersgemäß selbständig erkunden.

In Bereichen hoher Siedlungsdichte, idealerweise direkt in der Umgebung von Haltestellen des Öffentlichen Verkehrs, sind gemischte Nutzungen aus Wohnen und nicht störendem Gewerbe anzustreben.

Großparkplatz

Der Großparkplatz ist eine städtebauliche Brachfläche. Es ist aber auch die Fläche in Erlangen, die am besten mit dem Öffentlichen Verkehr erschlossen ist. Deshalb muss diese Fläche dringend ohne die Einrichtung von neuen, zusätzlichen Parkflächen für die Nutzung durch Gewerbe beplant werden. Für die zusätzlich gewünschte Nutzung durch Wohngebäude muss ein sehr großes Augenmerk auf den Lärmschutz gelegt werden. Idealerweise muss dafür die Autobahn überbaut werden (Einhausung), was aber die Erschließung von weiteren Finanzierungsquellen (Bund und Land) voraussetzt.

Einkaufen

Die Stadt stellt durch einen Nahversorgungsplan dar, wie sich ihre Bürger durch Einkaufsmöglichkeiten in der Umgebung ihrer Wohnungen versorgen können. Dabei werden alle Möglichkeiten geprüft und genutzt, die wohnungsnahen, kleineren Geschäfte so zu stellen, dass sie mit den großen Supermärkten konkurrieren können.

Stadt-Umland-Bahn

Eine leistungsfähige und attraktive Stadt-Umland-Bahn (StUB) brauchen nicht nur diejenigen, die vor Lärm, Abgasen und vor allem horrenden Wohn- und Mietpreisen ins Umland geflohen sind. Auch diejenigen, die in Erlangen wohnen und vom Pendlerverkehr entlastet werden wollen, profitieren davon. Neben einer StUB mit der Kapazität einer Autobahn braucht man keine zusätzlich entlastenden Ortsumgehungsstraßen. Straßenneubauten stellen eine Fehlinvestition in einen schon heute kaum mehr wachstumsfähigen motorisierten Individualverkehr dar. Zukunftsträchtiger ist es wohl, eine Bahn mit moderner, energiesparender Technik zu bauen, als 18.000 Kfz mehr zu haben.

Den Anschluss der StUB an den neu zu konzipierenden Siemens-Campus sehen wir positiv. Die Innenstadt ist ebenfalls anzuschließen. Wir präferieren beim westlichen Trassenast die Alternativ-Variante der Bürgerinitiative „Umweltfreundliche Mobilität im Schwabachtal“. Hier wird auf den Bau des Kosbacher Damms verzichtet. Die Gleistrasse führt hierbei über den Büchenbacher Damm und erschließt Büchenbach zentral. Voraussetzung für den Bau ist eine solide Finanzierung des Projektes.

Des Weiteren fordert die ÖDP:

- Kein Bau der Kosbacher Brücke, da hierdurch deutlich mehr Verkehr entstehen würde. Flora und Fauna im Wiesengrund würden teils verschwinden und Radfahren im Regnitzgrund wäre in weiten Bereichen kein Vergnügen mehr.
- Bus-, Bahn- und Radverkehr müssen wieder erste Priorität haben!
- Bessere Kontrollen von Straßen, die für den Normalverkehr gesperrt sind (z.B. Durchfahrtsverbot vor dem Bahnhof, Radverkehrsachsen und die Fußgängerzone)
- Rekommunalisierung der Verkehrsüberwachung für eine effizientere Koordination der Kontrollen
- Finanzielle Unterstützung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), solange er sich durch attraktive Weiterentwicklung nicht selbst tragen kann.

- Überprüfung der automatisch jährlich steigenden Ticketpreise
- Mehr Werbung für die attraktiven ÖPNV-Angebote gerade bei Fahrplanänderungen
- Prüfung sämtlicher stadtplanerischer Maßnahmen bezüglich ihrer Wirkung auf den ÖPNV
- Sanierung und Ausbau des Radwegenetzes und bessere Kontrollen
- Bessere Abstimmung des Stadtbusverkehrs mit den Regionalbussen

1.3 Regionales Wirtschaften

Wir wollen städtische Aufträge möglichst an ortsansässige oder regionale Unternehmen vergeben. Die Tarifbindung ist in allen Ausschreibungen verpflichtend einzufordern.

In städtischen Kantinen und Mensen sind vorwiegend Nahrungsmittel aus regionaler Produktion bzw. fair gehandelte Bio-Erzeugnisse zu verwenden. Saisonale Produkte sind zu bevorzugen. Ebenso sind bei Bauvorhaben Baustoffe aus der Region zu verwenden.

Wohnortnahe – besonders auch kleine – Geschäfte sind zu fördern. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der Nahversorgungsstruktur ein.

Sollte sich eine Regionalwährung (z.B. Chiemgauer) in der Region etablieren, hat die Stadt (z.B. bei Gebühren, Steuern- und Abgabenzahlungen) diese als vollwertiges Zahlungsmittel zu akzeptieren. Die Stadt kann dann mit dieser Währung ihre regionalen Ausgaben zum Teil bezahlen. Damit wird der regionale Wirtschaftskreislauf geschlossen.

Wir fordern eine Verschönerung der noch unattraktiven Einkaufszonen in der Erlanger Altstadt und bessere Integration ins städtische Geschehen. Hier sollen die Akteure der Altstadt (Kultur, Gastronomie, Wirtschaft usw.) federführend sein.

1.4 Stadtfinanzen

Die ÖDP wird im Stadtrat auf die sparsame Verwendung öffentlicher Gelder achten und vor allem bei allen Neuanschaffungen die Notwendigkeit und ökonomische Nachhaltigkeit kontrollieren. Die ÖDP war beispielsweise von Anfang an der Meinung, dass sich das „Geschenk Museumswinkel“ als ein finanzielles „Fass ohne Boden“ erweisen wird. Nur in einer gemeinsamen Trägerschaft mit Siemens, Universität und Stadt hätte ein echtes kulturelles Vorzeigeprojekt entstehen können. Deswegen fand die Abwertung des Museumswinkels als Archivnotlösung nicht unsere Zustimmung. Die Stadt hätte das Gebäude besser an die Siemens AG zurückgegeben.

Der Schuldenstand der Stadt Erlangen (mit den Eigenbetrieben) wird im Jahr 2014 mit ca. 222 Mio. Euro so hoch sein wie nie zuvor. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist einzuleiten, und in „normalen“ Haushaltsjahren sind Tilgungsraten von mind. 1-2 % fest in jeden Haushalt zu planen. Eine Reduzierung der Schuldenlast ergibt mittel- und langfristig durch verminderte Zinszahlungen Spielraum für Investitionen. Einsparpotentiale sehen wir vor allem in der Vermeidung unnötiger und überflüssiger Ausgaben. So wurde mit breiter Stadtratsmehrheit ein Architekturplan für den handballtauglichen Umbau der Hirsemann-Sporthalle in Höhe von 100.000 € beschlossen, obwohl der Neubau einer Sporthalle schon zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich war. Ein weiteres Beispiel zeigt die Beauftragung eines Gutachters, welcher für 30.000 € eine Untersuchung in Erlangen durchführen soll, mit dem Ziel, eine geeignete Fläche für eine Landesgartenschau zu finden. Die Stadtratsmehrheit ist Meister im Beauftragen

von diversen Gutachten. Wir fordern, dass die finanziellen Ausgaben der Stadt entsprechend den Einnahmen erfolgen.

Warum nutzt man nicht das Know-How der stadteigenen Verwaltung? Was macht die Stadt mit den Gutachten? Auch unpassend erscheinende Ergebnisse müssen den Bürgern zugänglich sein.

Auf Steuererhöhungen wollen wir (nach zweimaliger Anhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuerhebesätze in der Legislaturperiode 2008-2014) verzichten. Weitere Mehrbelastungen der Mieter und Wohnungseigentümer möchten wir unbedingt vermeiden.

1.5 Energie

Auch und besonders im kommunalen Bereich ist der Einsatz erneuerbarer Energiequellen zu fördern. Neubaugebiete sind ausnahmslos mit Energie-Plus-Siedlungen zu planen. Aufgabe des Stadtrates hat es zu sein, auf die Stadtwerke im Sinne einer ökologisch verträglichen und nachhaltigen Stromproduktion (erneuerbare Energien) einzuwirken. Auch der Stromzukauf soll sich auf Ökostrom konzentrieren. Die Erforschung und praktische Testung von Speichermöglichkeiten ist in der Stadtplanung und Umweltarbeit zu forcieren. Bürgerinitiativen (z.B. Energiegenossenschaften) sind zu unterstützen.

Die Energiewende gelingt nach Auffassung der ÖDP nur dezentral. Stadtwerke und die Bürgerschaft sind hier engagierte Partner der Stadt bei der Bewältigung der lokalen Energiewende. Unser Ziel ist es, den Energiebedarf bis 2030 zu 100 % durch erneuerbare Energien zu decken. Ansässigen Forschungszentren sollte eine städtische Kooperation bei der praktischen Testung von neuen Speicherformen angeboten werden.

ödp. 

1.6 Ökologische Abfallwirtschaft

Die ÖDP will Müll lieber vermeiden als verwerten oder gar verbrennen. Leider sind Bund und Land bisher nicht bereit, Wegwerfprodukte und Einwegverpackungen durch entsprechende Besteuerung spürbar zu verteuern. Stattdessen wurde das Duale System Deutschland (DSD) mit dem „Grünen Punkt“ eingeführt. Das DSD ist eine Organisation zur Rettung der Wegwerfgesellschaft und zur profitablen Förderung einiger dubioser Verwertungsfirmen: Wertvolle Rohstoffe werden verbrannt oder zu minderwertigen Produkten verarbeitet, für die keine ausreichende Nachfrage besteht. So wandern immer öfter riesige Mengen dieser Abfälle zur „Entsorgung“ in die sogenannte „Dritte Welt“.

Für eine ökologische Abfallwirtschaft fordert die ÖDP folgende Schritte:

- Bau einer ökologisch verträglichen biologisch-mechanischen Abfall-Verwertungsanlage auf Verrottungsbasis zur sicheren Restmüllbehandlung (Biomülls und Essensreste aus Mensen und Kantinen). Dies könnte beispielsweise durch eine Biogasanlage geschehen.

- Werbung mit bedeutenden Kostensenkungen bei kleineren Mülltonnen (Müllvermeidung).
- Deutliche Verminderung des Verpackungsmülls: Erlangen als plastiktütenfreie Stadt!
- Mehr Werbung für die Erlanger Tauschbörse zur Vermeidung von Sperrmüll!

1.7 Verbraucherschutz und Gesundheit

Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher gewinnt immer mehr an Bedeutung. Deshalb begrüßen wir die Arbeit der vielfach ehrenamtlich arbeitenden Organisationen und Verbände, die sich um eine kritische Verbraucheraufklärung bemühen.

Eine gesundheitliche Gefährdung durch magnetische und elektrische Felder (Elektrosmog) ist nicht auszuschließen. (Einschätzung des Rückversicherers Swiss-Re vom 13.08.2013 mit Bezug auf die WHO-Einstufung als „Class 2B carcinogen“) Deshalb sollen Sendeanlagen für Funk, Fernsehen und Mobilfunknetze nicht in Wohngebieten betrieben werden. Inzwischen haben schon viele Städte innerhalb und außerhalb der BRD vorgemacht, dass man Mobilfunkmasten nicht als unausweichliches Übel ansehen muss, sondern dass man dagegen vorgehen kann, indem Kommunen sich mit Hausbesitzern und Mobilfunkbetreibern ins Benehmen setzen. Der von Stadt und Mobilfunkindustrie eingerichtete „Runde Tisch Mobilfunk“ ist ein zahnloser Tiger und für eine Minimierung der Strahlenbelastung nicht wirklich zielführend. An sensiblen Standorten wie Kindergärten und Schulen sind hohe Sicherheitsabstände einzuhalten und unangemeldete Kontrollmessungen der Belastungen regelmäßig durchzuführen. Die Ergebnisse sind zu veröffentlichen.

Auch Freilandleitungen erzeugen erhebliche Felder. Wohnhäuser dürfen nicht zu nahe an Hochspannungsleitungen gebaut werden (z.B. Büchenbach).

1.8 Tierschutz

Tiere sind Mitgeschöpfe. Ihre Achtung und ihr Schutz muss auch in der Kommunalpolitik gewährleistet sein. Zirkussen und Tierschauen soll in Erlangen nur dann das Gastrecht gewährt werden, wenn sie vorab die artgerechte Haltung ihrer Tiere nachweisen.

Die Stadt als Mitbetreiber des Erlanger Schlachthofes soll auf kurze Transportwege des Schlachtviehs achten. Die Schlachtverfahren müssen sicherstellen, dass die Tiere einen schnellen und stressarmen Tod finden. Der Tierschutz muss Vorrang vor wirtschaftlichen und betrieblichen Interessen haben.

Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete sowie Bannwaldbereiche unterstehen einem besonderen Schutz. Hier leben oftmals seltene Tier- und Pflanzenarten. Diese Gebiete geraten in Erlangen stetig unter Druck durch Bebauung und Freizeitnutzung. Wir sehen uns als Anwalt von Mensch, Flora und Fauna im Stadtrat und wollen die ökologischen Flächen schützen und bewahren.

Viele Umwelt- und Naturschutzverbände sind in unterschiedlicher Weise im Stadtgebiet aktiv. Ihnen gebührt unser Dank und unsere Unterstützung. Als Beispiel erwähnen möchten wir hier die Betreuer der Erlanger Taubenstationen. Sie sorgen ehrenamtlich für eine Begrenzung der Taubenpopulation durch den Austausch der Eier, eine tierfreundliche und erfolgreiche Maßnahme. Wir wollen uns auch beim Erlanger Tierheim für seine wichtige Arbeit bedanken und sagen unsere Unterstützung zu.

1.9 Ortsteile

Erlangen ist bunt – in vielerlei Hinsicht. So haben viele Stadtteile eine ganz eigene Charakteristik und speziellen Charme. Hier ist bei möglichen Veränderungen oder gar Erweiterungen auf die Besonderheiten der Ortsteile sehr sensibel einzugehen. Die Bedürfnisse nach Ortsteilzentren sind abzufragen und ggf. mit adäquatem Raumangebot zu befriedigen.

Zur Stadtteilpflege zählen auch die Vorortkirchweihen als ein Beitrag der regionalen Brauchtumspflege. Grundsätzlich stehen wir für deren Erhalt. Wir setzen uns für eine bessere Unterstützung durch die Stadt bei der Organisation der Kirchweihen ein.

Jeder Ortsteil sollte ein barrierefreies, allgemein zugängliches Stadtteilhaus haben.

Bruck

Der Brucker Bahnhof liegt in einer zentralen und hochfrequentierten Position. Der Status quo ist unakzeptabel. Die ÖDP fordert, dass die Stadt die BI Bruck berät und ggf. finanziell unterstützt, um das Gebäude weiter zu entwickeln.

Ein attraktiver Zugang zum Regnitzgrund, welcher für viele Brucker Naherholungsgebiet ist, soll gemeinsam mit dem Radwegenetzausbau bis 2016 abgeschlossen werden.

Büchenbach

Die Nachverdichtung nach aktuellem Planungsstand lehnen wir ab; die Grünflächen am Steinforstgraben und das Wäldchen am Würzburger Ring wollen wir unbedingt erhalten.

Dechsendorf

Das Ortsteilzentrum am Dechsendorfer Platz ist nach dem Auszug des Montessori-Kindergartens in der Nutzung neu zu planen. So wäre der Betrieb einer Tagespflege-Einrichtung eine sinnvolle Maßnahme, um Senioren mit Einschränkungen tagsüber gut betreuen zu lassen. Anfragen auf Kooperation mit freien Trägern sind durchzuführen.

Der Bau des Radweges von Dechsendorf nach Röttenbach ist längst überfällig.

Die Ringleitung um den Dechsendorfer Weiher sieht die ÖDP als sinnvoll und zielführend an, um die Gewässerökologie des Dechsendorfer Weihers deutlich zu verbessern, um ihn als Badesee zu erhalten.

Eltersdorf

Die ÖDP lehnt den Bau der geplanten Ortsumgehung ab. Die angebliche Entlastung des Ortszentrums durch Umleitung des durchfahrenden Verkehrs um ca. 30 % zweifeln wir an.

Wie in Frauenaaurach und Tennenlohe sehen wir erneut die Landwirte unter großem Druck, welche durch die Umgehungsstraße und die wohl darauffolgende Gewerbegebietserschließung Flächen einbüßen würden.

Frauenaaurach

Das Gewerbegebiet Geisberg gilt es zu verhindern. Die wertvollen und stadtnahen landwirtschaftlichen Flächen sind für die Bauern die Existenzgrundlage. Weder ein Umlage- noch ein Enteignungsverfahren werden unsere Zustimmung finden. Mit der ÖDP haben die Frauenaauracher einen zuverlässigen und konsequenten Partner im Stadtrat.

Hüttendorf

In diesem Ortsteil ist die Busverbindung zu verbessern und ggf. der Stadtbus über die Stadtgrenze hinaus bis in den Stadtbereich Fürth zu führen. Eine Vernetzung der Busnetze beider Städte wäre für Erlangen und Fürth ein Gewinn.

Kosbach/Häusling

Wir brauchen eine Buslinie, die die Herzo-Base über Häusling und Büchenbach mit der Erlanger Innenstadt verbindet. Dazu bedarf es der Kooperation mit der Stadt Herzogenaurach.

Der Radweg zwischen Häusling und Haundorf muss baldmöglichst realisiert werden.

Adäquate Maßnahmen zur Verkehrsentschleunigung in der Häuslinger Hauptstraße sind zeitnah zu verwirklichen.

Kriegenbrunn

Das frühere Gemeindehaus Mansfeldstraße 1 ist in einem nicht mehr erhaltenswerten Zustand. Die unter Denkmalschutz stehende Innentreppe sollte nach Meinung der ÖDP dem Freilandmuseum in Bad Windsheim des Bezirks Mittelfranken überlassen werden.

Kriegenbrunn benötigt ein neues Ortsteilzentrum, welches sinnvollerweise in Gebäudeunion mit einem neuen Feuerwehrgebäude z.B. auf dem kleinen Festplatz errichtet werden könnte. Es ist davon auszugehen, dass es kurz- bis mittelfristig in Kriegenbrunn keinen öffentlich nutzbaren Saal/Raum geben wird. Planung und Bau sind in der kommenden Legislaturperiode abzuschließen. Die Gebäude Mansfeldstraße 1 und 2 könnten zum Verkauf ausgeschrieben werden.

Der Kriegenbrunner Friedhof ist mit kleineren Baumaßnahmen zu ertüchtigen, und ein Bereich für Baumbestattungen soll bis 2015 ausgewiesen werden.

Tennenlohe

Wir setzen uns dafür ein, dass Tennenlohe 2015 sein 750-jähriges Jubiläum würdig begehen kann.

Tennenlohe verfügt über kein eigenes Stadtteilhaus. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen bzw. allgemein zugängliche und barrierefreie Räumlichkeiten zu errichten.

Stadtverwaltung und Stadtratsmehrheit verhinderten den Antrag der ÖDP, das ehemalige G6 aus dem Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet zu streichen. Dies wollen wir nach der Wahl erneut beantragen, um eine langfristige Sicherheit zu haben, dass das G6 nicht durch die politische Hintertür wieder aufgegriffen wird. Denn der erfolgreiche Bürgerentscheid gegen das G6 ist für die Kommunalpolitik nicht mehr bindend, weil die Einjahresfrist abgelaufen ist.

Insbesondere zu Stoßzeiten erkennt man, dass der Stadtteil den verkehrlichen Herausforderungen nicht gewachsen ist. Wir setzen uns nicht nur für die Optimierung des ÖPNV ein, sondern auch für die Gefahrenreduzierung an Verkehrsknotenpunkten wie Wetterkreuz/Sebastianstraße, Lachner-/Weinstraße, Weinstraße/Franzosenweg sowie an den Ausfahrten von der B4 Richtung Tennenlohe.

Wir befürworten die Unterstützung des Walderlebniszentrums als sinnvolle pädagogische Einrichtung für Groß und Klein.

Zudem wollen wir das Projekt „Kunstrasenplatz“ zu einem zeitnahen Erfolg führen und werden diese Maßnahme, die auch ein Beitrag zum Schutze des Bannwaldes darstellt, unterstützen.

1.10 Sport

Der Ausbau und Erhalt der städtischen Sportflächen (Plätze, Hallen und Bäder) für den Schul- und Breitensport ist uns ein besonderes Anliegen. Um die notwendigen Hallenflächen für den Schulsport vorhalten zu können, sehen wir den Bau einer 4-fach-Sporthalle im Stadtosten als erforderlich an. Bei der Planung und Bauausführung ist besonderes Augenmerk auf das nahe Naturschutzgebiet, die Bedarfe der Schulen und Vereine und eine attraktive Erschließung durch den öffentlichen Nahverkehr und das Radwegenetz zu legen.

In Alterlangen wollen wir am Schulzentrum West im Rahmen des Sporthallenbedarfsplanes die Halle am ASG mit einer zusätzlichen Halleneinheit erweitern.

Der Bau eines Hallenbades angrenzend an das Freibad West soll sich zeitnah an die Generalsanierung des Freibades anschließen. Sollte es baulich möglich und wirtschaftlich darstellbar sein, so ist das Frankenhofbad mit seinem Saunabereich bis zur Eröffnung des neuen Hallenbades zu erhalten.

Die Erlanger Sportvereine sind auf eine gute Zusammenarbeit und zuverlässige Unterstützung durch die Stadt Erlangen angewiesen. Wir wollen weiterhin für eine gute Zusammenarbeit eintreten und sehen große und auch kleinere Sportvereine als wichtige und gleichberechtigte Partner an.

1.11 Schulen

Zur Bildungspolitik gehört mehr als nur das in der städtischen Zuständigkeit liegende Aufgabengebiet „Sachaufwand“. Die Kommune ist für den Bau und Erhalt der Schulgebäude, der Ausstattung und der Lehrmittel verantwortlich. Darüber hinaus wollen wir die Erlanger Schullandschaft beleben, den einzelnen Schulen mehr Lust auf „Eigenständigkeit“ geben und innovative Projekte unterstützen. Schulen sollen keine „Lernfabriken zur Vorbereitung auf ein produktives Berufsleben“ sein, sondern Orte des geistigen, körperlichen und seelischen Wachstums und individuellen Entwickelns.

Die Erlanger Schulen wurden leider bis zum Start des lange überfälligen Schulsanierungsprogramms stiefmütterlich behandelt. Auf Kosten der Substanz der Schulgebäude wurden dringend nötige Erhaltungsmaßnahmen über Jahre hinweg verzögert. Das begonnene Programm ist weiter zu führen und bauökologischen Maßnahmen ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen (Energieeinsparung, Raumklima, Akustik in den Unterrichtsräumen, lernunterstützende architektonische Faktoren, Untersuchungen auf mögliche Belastung durch Schadstoffe/Raumgifte).

Ganztagsklassen und Betreuungsangebote sollen sich an den Schulen nach Bedarf etablieren. Aktuell können im Stadtgebiet die Nachfragen nach Ganztagsklassenplätzen sehr gut befriedigt werden. Die Angebote an nachmittäglicher Betreuung (z.B. durch Horte, Mittagsbetreuung) sind über das Stadtgebiet noch sehr unausgewogen. Hier wollen wir für ein ausgeglichenes Angebot sorgen. Die Ferienbetreuungen unterstützen wir, ein mögliches Zusatzangebot wäre eine „Summer School“ (Freizeit *und* Lernen).

2 Eine Stadt für Jung und Alt

2.1 Generationensolidarität und Leben im Alter

Das grundlegende Ziel städtischer Schul-, Sozial- und Kulturpolitik muss es sein, Bürgerinnen und Bürger aus allen Generationen nicht nur zu integrieren, sondern ihnen auch den Zugang zu gesellschaftlichem Engagement zu erleichtern. Hierbei möchten wir bestehende Jugendprojekte, aber auch vorbildliche Einrichtungen wie das SeniorenNetz Erlangen unterstützen und gegebenenfalls ergänzen.

Jetzt schon leben immer mehr ältere Menschen in unserer Stadt. Wir nehmen die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren in Erlangen ernst. Wir wollen ein solidarisches Miteinander in der gesamten Stadtkultur. Dazu gehören generationenübergreifendes Wohnen und Arbeiten ebenso wie Konzepte, um ältere Menschen in ehrenamtliche Tätigkeiten einzubinden. Wir brauchen die Lebenserfahrung der Älteren, um sie an die junge Generation weiterzugeben, im Miteinander der Generationen in nächster Nachbarschaft, im Privatleben und in der Arbeitswelt.

Wir brauchen, neben einer funktionierenden Infrastruktur im unmittelbaren Wohnumfeld, ausreichend qualifiziertes Pflegepersonal, um die angemessene, menschenwürdige Versorgung der Menschen, die sich nicht/nicht mehr selbständig versorgen können, zu gewährleisten. Daher setzt sich die ÖDP nachhaltig für diese Punkte ein:

- Langfristige Förderung übergreifender Angebote, die ein Miteinander der Generationen und Kulturen, für eine funktionierende Stadtgesellschaft ermöglichen, z.B. Nachbarschaftshilfevereine.
- Entwickeln von Konzepten in der Arbeitswelt sowie in der Bildung nach dem Motto „jung lernt von alt und umgekehrt“
- Altersgerechte Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben. Dazu gehören u.a. Altersteilzeitmodelle und eine altersgerechte Arbeitsgestaltung.
- Ausbau alternativer Wohnformen und ambulanter Pflegedienste
- Entwicklung von Qualitätsstandards für alternative Wohnprojekte
- Kultursensible Qualifizierung von Pflegekräften in Aus- und Weiterbildung
- Interkulturelle und kultursensible Öffnung von Alten- und Pflegeheimen
- Einsatz für eine Reform der Pflegeausbildung mit einheitlicher Finanzierung
- Konzepte zur Behebung des Pflegekräftemangels entwickeln und unterstützen
- Ältere Bürgerinnen und Bürger haben oft Hemmungen im Umgang mit den städtischen Behörden. Die Mitarbeiter im Seniorenamt sollen bei der Kommunikation mit den städtischen Einrichtungen beraten und unterstützen.

2.2 Kinderbetreuung

Die für viele Familien nötige Erwerbstätigkeit beider Elternteile erfordert zunehmend eine ganztägige Betreuung von Kindern. Verantwortbar ist dies nur, wenn die familienergänzende Betreuung von qualifiziertem Personal in kindgerechter Umgebung geleistet wird. Wir fordern:

- In den städtischen Einrichtungen wird besonders auf gute Bedingungen für Kinder und Mitarbeiter geachtet. Dazu gehören z.B. Räume mit schalldämmenden Decken, geeignetes Mobiliar, Fortbildung und Gesundheitsförderung für das Personal. Dies gilt für alle Krippen, Kindergärten, Horte, Spiel- und Lernstuben.
- Förderung und Optimierung der städtischen Tagespflegestrukturen
- Die Zahl der Schulkindergartenplätze muss dringend erhöht werden.

Die Stadt muss als Sachaufwandsträger für die Schulen dafür sorgen, dass sich Kinder und Erwachsene in den Schulen wohlfühlen können. Dazu gehören u.a. der Größe der Kinder angemessene Schulmöbel, saubere Toiletten, sowie kindgerechte Innen- und Außenbereiche. Der weitere Ausbau von gebundenen Ganztagsklassen ist nur verantwortbar, wenn dafür geeignete Räume und qualifiziertes, längerfristig beschäftigtes Betreuungspersonal vorhanden sind.



Wir fordern deshalb:

- eine Aufstockung der Mittel für Ganztagesklassen und den Erhalt alternativer Betreuungsformen wie Mittagsbetreuung und Horte
- ein Modellprojekt, das Schule, Kindertagesstätte und Sozialarbeit integriert, um das Beste aus diesen Systemen zusammen zu bringen

Beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige wurden einige Krippenneubauten von der Stadt gefördert. Unserer Meinung nach sind reine Kinderkrippen für eine gute und durchgängige Kinderbetreuung nicht von städtischer Seite zu forcieren, da die Kleinkinder nach dem 3. Lebensjahr in eine andere Einrichtung (Kindergarten) wechseln müssen. Die ÖDP setzt sich für ein Konzept ein, in welchem an allen Kinderbetreuungseinrichtungen Krippen- und Kindergartenkinder betreut werden können.

Die städtischen Kinderkrippen und -gärten erhalten gesonderte finanzielle und personelle Unterstützung für die Entlastung der Erzieherinnen mit Leitungsfunktion. Dies geschieht aus dem städtischen Haushalt mit Steuermitteln. Die Einrichtungen der freien Träger (Kirchen, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband, AWO usw.) müssten bei gleichen Maßnahmen (unbestritten sinnvoll) die Kindergartengebühren anheben. Dieser Ungleichbehandlung muss dringend entgegengewirkt werden und zeitnah ein Konzept zur Unterstützung von Kindereinrichtungen der freien Träger erstellt und umgesetzt werden. Diese Kindertageseinrichtungen sowie die Tagesmütter und -väter leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Familienfreundlichkeit. Deshalb ist es auch unbedingt erforderlich, dass verbindliche finanzielle Unterstützungen zeitnah und zuverlässig bei den Trägern ankommen. Monatelange Wartezeiten bringen die nicht-städtischen Einrichtungen oft in eine finanzielle Bredouille. Die Stadt muss ein zuverlässiger Partner sein.

2.3 Jugendliche

Jugendliche aus allen Schichten brauchen Lebensbereiche, in denen sie begleitet Erfahrungen machen, Grenzen austesten und Verantwortung übernehmen können. Dazu brauchen sie verlässliche und feste Bezugspersonen, was sich bei der Sucht- und Kriminalitätsprävention positiv auswirkt. Wir fordern deshalb:

- Festanstellungen für Mitarbeiter in den offenen Jugendtreffs
- Eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Förderung des Stadtjugendrings, der eine Vielzahl von ehrenamtliche betreuten Jugendgruppen begleitet und fördert
- Mindestens Erhalt der bisherigen Personalausstattung im „Easthaus“, Mittel für Sachkosten, Honorarkräfte und Hausmeister Tätigkeiten.
- Förderung der Arbeit der Jugendfarm: ggf. Finanzierung einer zusätzlichen Sozialpädagogen- oder Erzieher-Stelle, keine Umlage der Kosten auf die Kinder (Kursgebühren, Materialkostenaufwand etc.), da es Kindern und Jugendlichen aller sozialer Schichten gleichermaßen möglich sein soll, das Angebot zu nutzen. Zur Ferienbetreuungszeit soll die Stadt einen Bustransfer aus der Innenstadt zur Jugendfarm organisieren.

Dass Verantwortung auch Spaß machen und persönlich erfüllen kann, sollen besonders Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig erfahren. Angemessene Rahmenbedingungen sind die Bedingung dafür, dass Pädagogen die Jugendlichen zu pfleglichem Umgang mit der Einrichtung erziehen können. Wenn die Kommune Pfleglichkeit nicht vormacht, kann eben dies von jungen Menschen nicht eingefordert werden. Darum fordert die ÖDP:

- Neue, ausreichend große Schulmöbel, dem zunehmenden Größenwachstum der Kinder angemessen!
- Rechtzeitiges und ausreichendes Geld für neue Schulbücher – den neuen Lehrplänen angepasst!
- Wiederaufstockung der Gelder für Putzdienste in der Schule. Die gegenwärtige Situation ist oftmals nicht zufriedenstellend. Wiedereinführung von Vollzeitputzstellen. Schüler putzen und renovieren selbst – das kostet Unterrichtszeit und entspricht nicht dem, was steuerzahlende Eltern erwarten können.
- Die Toiletten entsprechen nicht immer dem geforderten Hygienestandard.

3 Lust auf mehr Miteinander

3.1 Bürger – Politik – Verwaltung

Im Parteiengesetz ist vermerkt, dass Parteien „an der politischen Willensbildung des Volkes“ (§1 Abs. 2) mitwirken. Doch wird durch Obrigkeitsverhalten und Vorabentscheidungen der Parteien die Meinung der Bürger oftmals übersehen oder ungeachtet gelassen. Eine zunehmende Politikverdrossenheit mit sinkender Wahlbeteiligung ist die Folge, unterstützt durch nicht enden wollenden Berichte über schwarze Kassen, Parteienfilz und Korruption, was die alteingesessenen Parteien wenig zu kümmern scheint.

Die ÖDP fordert auf allen Ebenen der Politik eine Rückbesinnung auf moralische und ethische Grundwerte, eine strikte Trennung von Wirtschaft (auch Medienwirtschaft) und politischem Amt, sowie das bei der ÖDP bereits in der Satzung festgelegte Verbot der Annahme von Firmen- und Verbandsspenden. Die vom Staat übernommene Parteienfinanzierung sollte ausreichend sein und beschert annähernd gleiche Voraussetzungen für alle politischen Organisationen. Mit unserem relativ bescheidenen Wahlkampfbudget werden wir Ihnen keine frischen Sonntagsbrötchen am Wahltag servieren können. Wir versprechen Ihnen nur einen ehrlichen, gewissenhaften und garantiert unbeeinflussten Einsatz im Kommunalparlament.



Konkrete Forderungen:

Bürgerversammlungen werden zukünftig in den Ortsteilen, welche nicht über einen Ortsbeirat verfügen, jährlich veranstaltet. Auf diesen Versammlungen soll nicht nur über den Bearbeitungsstand der Anträge der vergangenen Bürgerversammlung berichtet werden, sondern zukünftige Projekte, die den Ortsteil betreffen, vorgestellt und mit den Bürgern beraten werden. Dies macht die Bürgerversammlungen wieder interessant und die Ortsteilbewohner erhalten eine echte Möglichkeit der Einflussnahme und Mitbestimmung.

3.2 Willkommenskultur in der Stadt Erlangen

Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar.

Die ÖDP legt viel Wert auf einen interreligiösen und interkulturellen Dialog und auf eine offene Willkommenskultur in unserer Stadt. Flüchtlinge sind in menschenwürdigen Unterkünften im gesamten Stadtgebiet zu beherbergen, ohne soziale Brennpunkte zu verstärken. Wir fordern eine zeitnahe Bearbeitung der Asylanträge, um schnellstmöglich einen klaren Status der Flüchtlinge zu erhalten. Adäquate Förderung und Beschäftigung wie z.B. Integrations- und Sprachkurse sind unverzüglich anzubieten. Vor allem den Kindern, welche zunächst in sogenannten Übergangsklassen beschult werden, ist intensive Unterstützung durch Schulsozialarbeiter und ggf. Schulpsychologen anzubieten.

Wir sehen ausländische Mitbürger als Bereicherung unserer städtischen Gesellschaft und stellen uns aktiv jeder Tendenz von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus entgegen.

Die Arbeit des Ausländerbeirates und der Kulturvereine zur Integration ausländischer Familien soll von Seiten der Stadt volle Unterstützung erfahren und ggf. durch städtische Angestellte professionell betreut werden.

3.3 Betroffene zu Beteiligten machen

Die ÖDP ist die Partei der direkten Demokratie. In Bayern haben wir durch unser Volksbegehren „Schlanker Staat ohne Senat“ die Abschaffung der undemokratischen Ständekammer Senat erwirkt und durch die Ankündigung eines weiteren Volksbegehrens die Streichung

sämtlicher Standorte neuer AKWs herbeigeführt. Vielleicht ist Ihnen auch das Volksbegehren zum konsequenten Nichtraucherschutz im Gedächtnis, welches von der ÖDP initiiert wurde.

In Bezug auf die Erlanger Kommunalpolitik plädieren wir dafür, in grundsätzlichen Fragen der Stadtentwicklung (z.B. Naherholung, Verkehrsplanung, Kultur- und Freizeit) ein Leitbild unter Mitwirkung der Bürger zu erstellen. Beteiligt werden sollen hierbei alle gesellschaftlich relevanten Verbände und Gruppierungen. Dadurch werden lebhaftere und gewinnbringendere Diskussionen über die Entwicklung der Stadt gefördert. Beteiligte Bürger/innen fühlen sich mitverantwortlich, auch wenn letztendlich der Stadtrat erarbeitete Leitbilder verabschiedet. Als gutes Beispiel darf die Bürgerinitiative Altstadtforum genannt werden.

Für die bessere direkte Einbeziehung des Bürgerwillens schlagen wir folgende Instrumente vor:

- Im Anschluss an Sitzungen des Stadtplenums sollen künftig Bürgerfragestunden durchgeführt werden.
- Über die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl hinaus sollen vor wichtigen Fragen von allgemeinem Interesse themenbezogene Bürgerversammlungen einberufen werden.
- An Planungen neuer Bauvorhaben sollen betroffene Anwohner stärker beteiligt werden.
- Amts- und Referatsleitungen sowie Bürgermeister und Stadträten werden Fortbildungsmöglichkeiten in Gesprächsführung oder Kommunikation angeboten (z.B. „Gewaltfreie Kommunikation“ nach Rogers).
- Die ÖDP sieht Bürgerbegehren als höchst effizientes Mittel der direkten Demokratie an. Die Bürgerschaft schätzt und wünscht mehr direkte Mitverantwortung. Die ÖDP tritt dafür ein, dass in besonders strittigen Fragen von allgemeinem Interesse ein Bürgerentscheid durch Beschluss des Stadtrates durchgeführt wird (sog. Ratsbegehren). Dadurch entfällt die Unterschriftenhürde für die Beantragung des Bürgerentscheides.
- Die Stadt Regensburg hat – gefördert vom bayerischen Innenministerium – als erste bayerische Kommune die Einberufung von Planungszellen zur Beratung von Leitlinien der Stadtentwicklung beschlossen. Hierbei werden Gruppen zufällig ausgewählter Bürger beauftragt, für einzelne anstehende Entscheidungen Bürgergutachten zu erstellen. (siehe Prof. Dr. Peter Dienel, Die Planungszelle, Westdeutscher Verlag). Die ÖDP begrüßt auch derartige neue Ansätze.

